



Wir führen euch durch
das Programm.
Eure WBK 12a

Was kommt denn heute „auf`m Fernseh“? EURO-Krise auf allen Kanälen!



heute.de

18:00 Uhr = Die aktuelle
Situation in ausgewählten
EURO-Ländern



**18:30 UHR = WER RÄT DENN DA
BEIM RATING?**

19:00 Uhr = Ohne
Eigenkapital keine
Sicherheit! Deutsche Banken vor dem Aus?



19:30 Uhr = Ist der EURO noch zu retten? **tagesschau.de**



heute.de

20:00 Uhr = Wie magisch ist
das Viereck?



**20:30 UHR = VON WEM BEKOMMEN
WIR DENN DIE VIELEN MILLIARDEN?**

21:00 Uhr = EZB,
Geldvermehrung
durch Draghi! Ein Italiener dreht am Geldhahn!



21:30 Uhr = Rettungsschirm gegen den
Geldregen! **tagesschau.de**

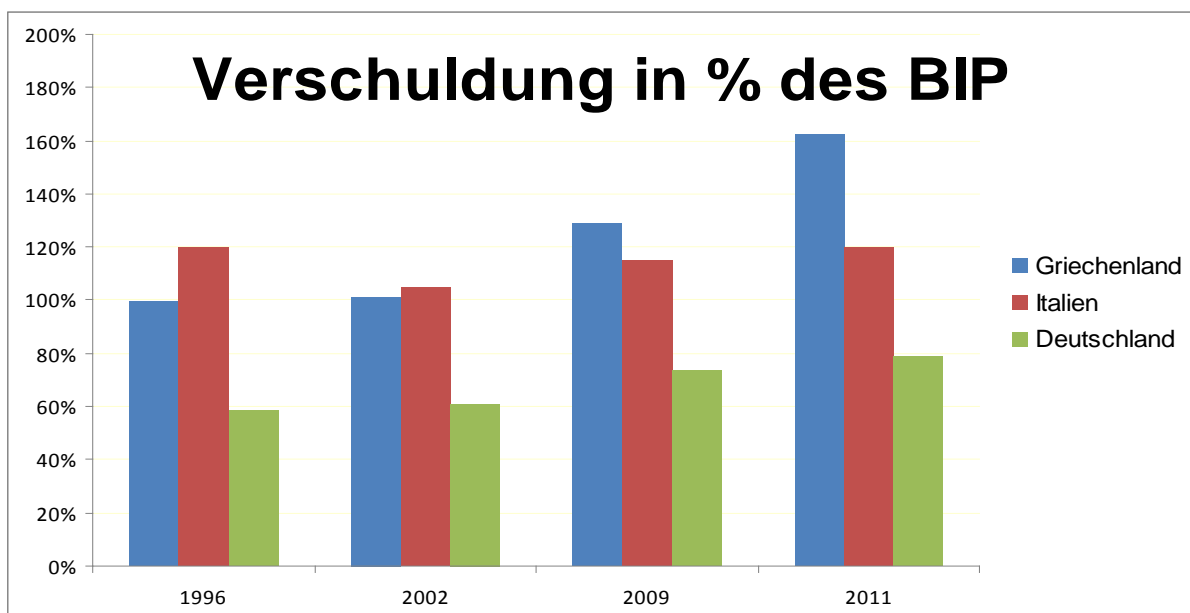
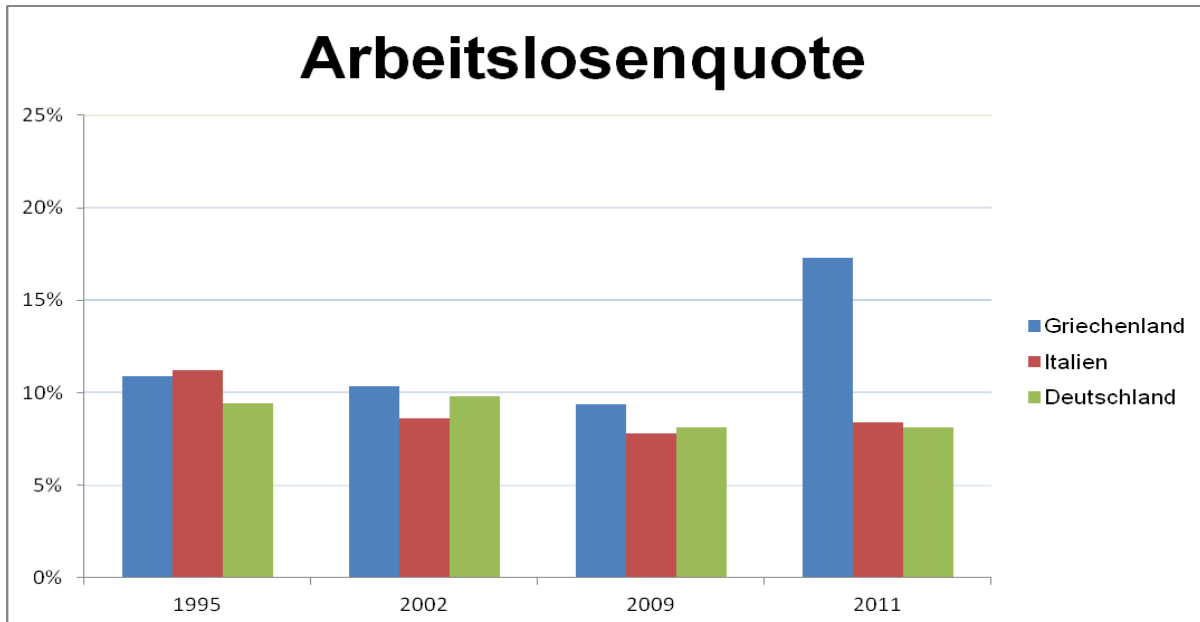


Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|--------|
| 1. Die aktuelle Situation ausgewählter Länder . | - 3 - |
| 2. Rating | - 4 - |
| 3. Eigenkapital der Banken..... | - 5 - |
| 4. Der Euro als Gemeinschaftswährung | - 7 - |
| 5. Wirtschaftspolitik | - 8 - |
| 6. Woher kommt das Geld für die Staatsschulden? | - 13 - |
| 7. Die Europäische Zentralbank | - 15 - |
| 8. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) .. | - 18 - |



1. Die aktuelle Situation ausgewählter Länder





2. Rating

1. Was ist Rating?

Unternehmen und Länder werden nach verschiedenen Kriterien untersucht und anschließend in unterschiedliche Risikoklassen eingestuft.

2. Wer Rated?

Gerated wird zumeist von den drei größten Ratingunternehmen:

- Moody's
- Fitch
- Standard & Poor's

Diese drei Unternehmen beherrschen 95% des Marktes (Oligopol).

Übersicht Bonitätsnoten bei Moody's und Standard & Poor's

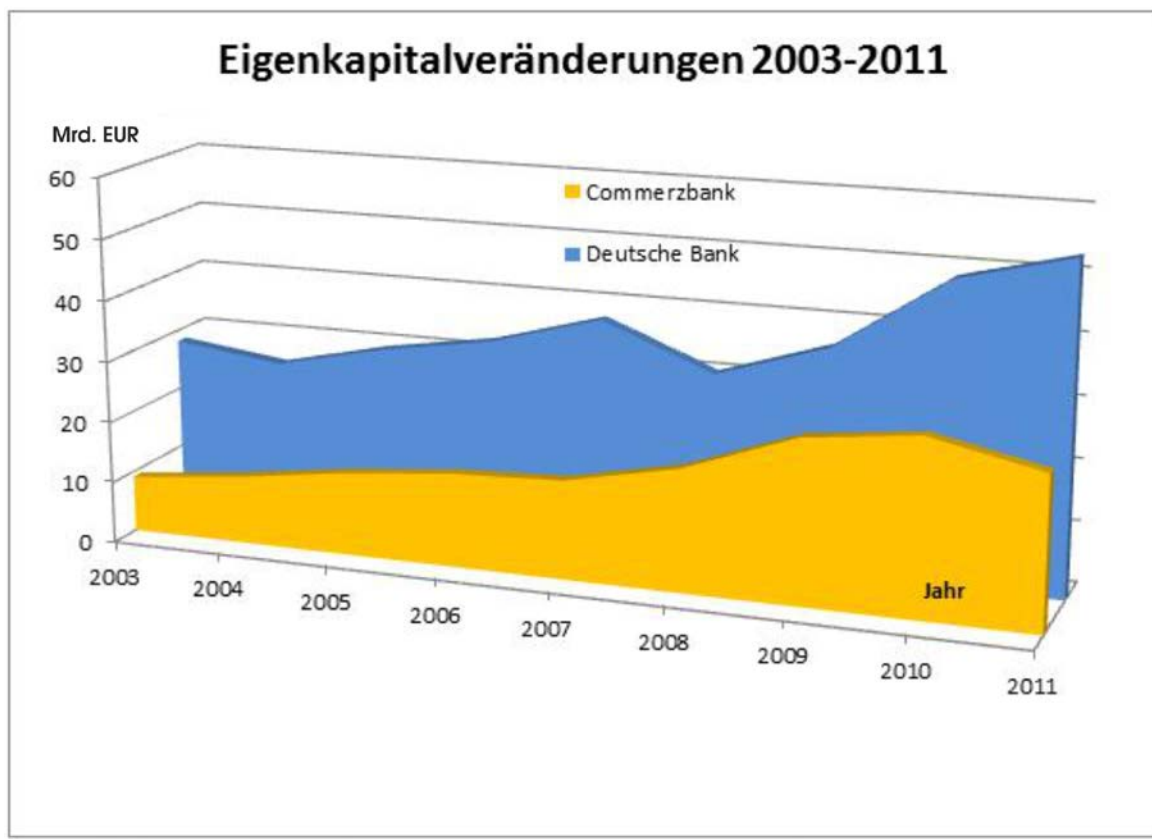
| Moody's | S & P | Erklärung |
|--------------|--------------|--|
| Aaa | AAA | Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko |
| Aa1 | AA+ | Hohe Qualität |
| Aa2 | AA | |
| Aa3 | AA- | |
| A1 | A+ | Angemessene Deckung von Zins und Tilgung, viele gute Attribute, aber auch Elemente, die sich bei Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds negativ auswirken können |
| A2 | A | |
| A3 | A- | |
| Baa1 | BBB+ | Angemessene Deckung von Zins und Tilgung, aber auch spekulative Charakteristika oder mangelnder Schutz gegen wirtschaftliche Veränderungen |
| Baa2 | BBB | |
| Baa3 | BBB- | |
| Ba1 | BB+ | Sehr mäßige Deckung von Zins und Tilgung, auch in gutem wirtschaftlichem Umfeld |
| Ba2 | BB | |
| Ba3 | BB- | |
| B1 | B+ | Geringe Sicherung von Zins und Tilgung |
| B2 | B | |
| B3 | B- | |
| Caa1 usw. | CCC+ usw. | Niedrigste Qualität, geringster Anlegerschutz, akute Gefahr, eventuell bereits im Zahlungsverzug |



3. Eigenkapital der Banken

Eigenkapital stellt eine Rücklage für Notzeiten dar, wie das Sparvermögen bei Privathaushalten. Geht es also dem Unternehmen bzw. der Bank schlecht, kann zum Ausgleich von Verlusten auf das Eigenkapital zurückgegriffen werden.

Wie man den folgenden Grafiken erkennen kann, ist das Eigenkapital bei Banken im Vergleich zu anderen Aktiengesellschaften relativ niedrig. Auch deshalb musste der Staat im Rahmen der Finanzmarktkrise den Großbanken helfend unter die Arme greifen. Der Gesetzgeber bemüht sich um eine Vergrößerung des Eigenkapitals (Basel-Vorschriften).



Wenn man den Eigenkapitalverlauf der Deutschen Bank betrachtet, fällt ein starkes Absinken im Jahr 2008 auf. Die Bank hat hier in zwei Tranchen das Eigenkapital durch den Rückkauf und die anschließende Vernichtung von Aktien verringert. Welcher Grund lag für dieses Vorgehen vor?

Renditeerhöhung durch Rückkauf von Aktien

Der Rückkauf und die anschließende Vernichtung hat die Aktienrendite erhöht. Und das war das Ziel der Deutschen Bank.

Hierzu ein vereinfachtes Beispiel:

Eigenkapital einer Bank 10.000.000,00 EUR Gewinn 1.000.000,00 EUR

= In diesem Fall beträgt die Rendite 10 %.

Die Eurokrise

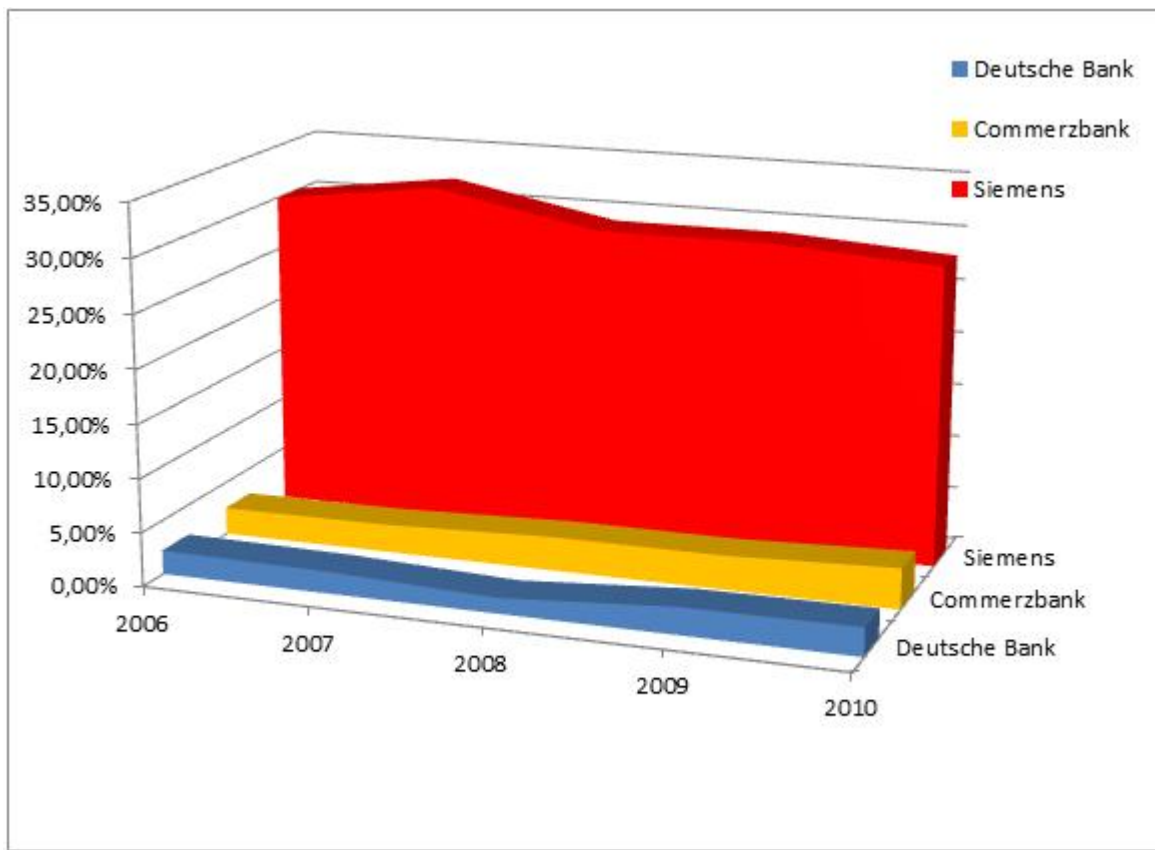


Jetzt senkt die Bank ihr Eigenkapital und kauft für 2 Mio. EUR Aktien zurück. Auf den Gewinn nimmt diese Maßnahme keinen Einfluss.

Eigenkapital der Bank 8.000.000,00 EUR Gewinn 1.000.000,00 EUR

= Jetzt steigt die Rendite auf 12,5 %!

Die Deutsche Bank konnte mit dieser erhöhten Rendite im Vergleich zu Konkurrenzinstituten vor allem beim Aktionär punkten. Allerdings hat sie dafür Sicherheit aufgegeben!





4. Der Euro als Gemeinschaftswährung

1. Vorteile des Euro

- Inflationsraten waren vor Einführung des Euro durchschnittlich höher als heute
- Wegfall des Geldumtausches
- Kein Risiko durch Kursschwankungen
- Massive Kostensenkung im europäischen bargeldlosen Zahlungsverkehr
- Nach Dollar zweitwichtigste Weltwährung
- Vereinfachtes Reisen
- Reduzierung von Transaktionskursen
- Höhere Preistransparenz → höherer Preiswettbewerb → größere Produktvielfalt
- Europa wächst zusammen
- Verminderte Währungsspekulationen

2. Nachteile des Euro

- Deutschland wird zum Schuldenträger der ganzen EU
- Deutschlands Anteil am Rettungsschirm beträgt mittlerweile knapp das Doppelte des BIP
- Verschuldung steigt auch in Deutschland immer stärker an
- Krisenstaaten fordern Lockerung der Sparmaßnahmen
- Deutschland haftet mit hohen Summen und barem Geld
- Neuprägung des Euros und Vernichtung der DM verursachten immense Kosten

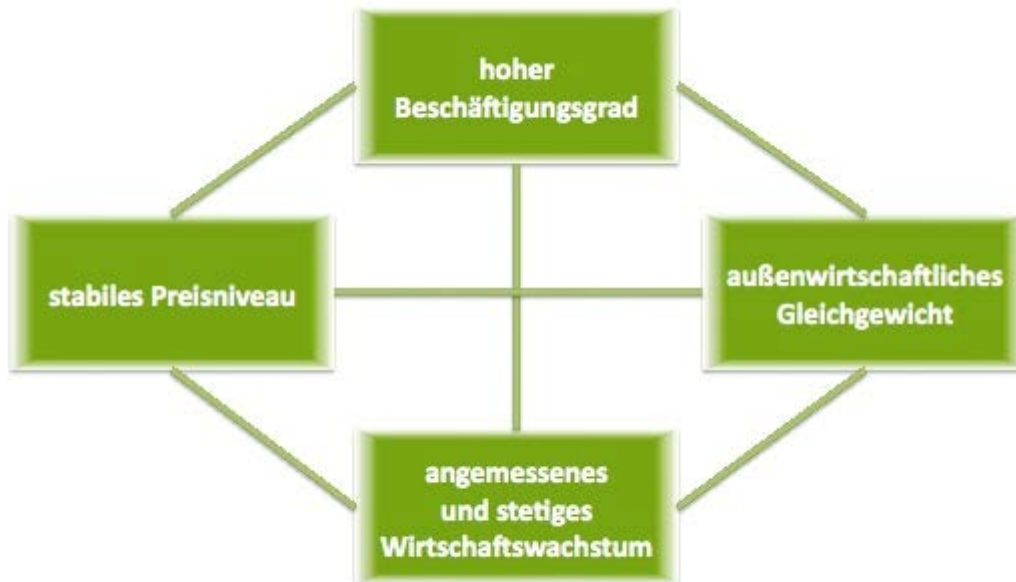
3. Szenario: Die DM kommt zurück

- Teure Prägungskosten
- Misstruenspolitik der übrigen EU-Länder gegenüber Deutschland
- Nationalisierung der Wirtschaftspolitik
- Verschlechterung des Exports → BIP sinkt → Verlust von Arbeitsplätzen
- Zusammenbruch des Binnenmarkts
- Währungsschwankungen
- Rücktritt aus der EU
- Erneuerung der Grenzkontrollen (als Mittelpunkt/ Knotenpunkt Europas!)



5. Wirtschaftspolitik

1. Das magische Viereck



- Das Magische Viereck ist ein volkswirtschaftliches System mit vier wirtschaftspolitischen Zielsetzungen:
 - Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum
 - Preisniveaustabilität (siehe 6. EZB)
 - Hoher Beschäftigungsstand
 - Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Es ist sowohl Aufgabe des Bundeshaushalts als auch der EZB, die Ziele in ihren politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und bei wirtschaftlichen Veränderungen Maßnahmen zu ergreifen

2. Ziele des magischen Vierecks

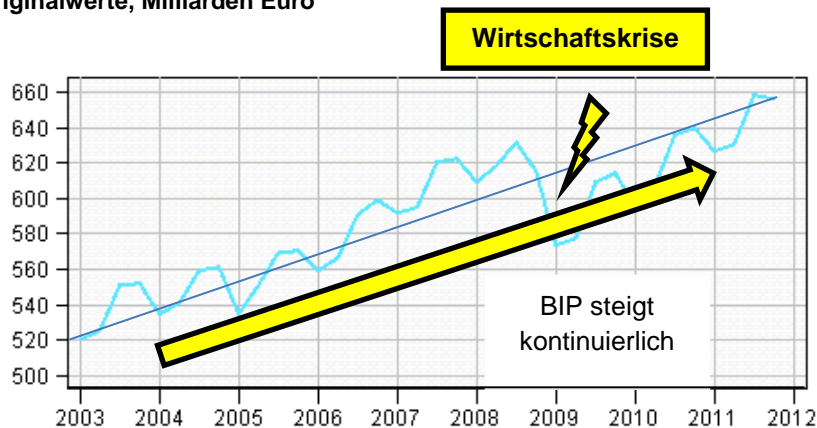
2.1 Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum

- Die Zielsetzung wird anhand der Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) überprüft; Durch quartalsmäßige Vergleiche des BIPs entstehen Konjunkturzyklen (Aufschwung, Boom, Rezession, Depression)
- Damit Unternehmen möglichst quantitativ und qualitativ produzieren können (führt zu einer Steigerung des BIP), unterstützt der Fiskus diese durch:
 - Subventionen
 - Steuervorteile
 - Schnürung von Konjunkturpaketen
 - Abwrackprämie

Die Eurokrise



Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen,
Originalwerte, Milliarden Euro



- Was bringt **Wirtschaftswachstum** einer **Privatperson**?
 - Gehaltserhöhungen
 - Arbeitsplatzsicherheit
 - Vermögensbildung
 - Erhöhter Lebensstandard
- Was bringt **Wirtschaftswachstum** dem **Staat**?
 - Höhere Steuereinnahmen durch Konsum (USt, ESt usw.)
 - Mehr Sozialleistungen
 - **Schuldenabbau!**
 - Ausbau der Infrastruktur
- Was bringt **Wirtschaftswachstum** dem **Unternehmen**?
 - Höhere Gewinne
 - Zufriedenere Mitarbeiter durch höhere Löhne
 - Investitionen
 - Bessere Produktion => steigendes BIP
- **Zusammenfassung**
 - Vom Wirtschaftswachstum profitieren durchwegs alle, vom Staat bis hin zu dem Unternehmen und den Privatpersonen.
 - Floriert die Wirtschaft, profitieren vor allem die Bundesbürger; darum ist es wichtig, das Ziel des Wirtschaftswachstums in der Politik aktiv anzugehen.

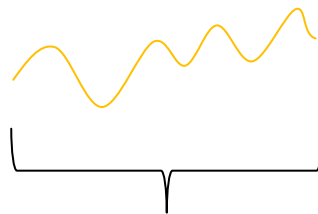
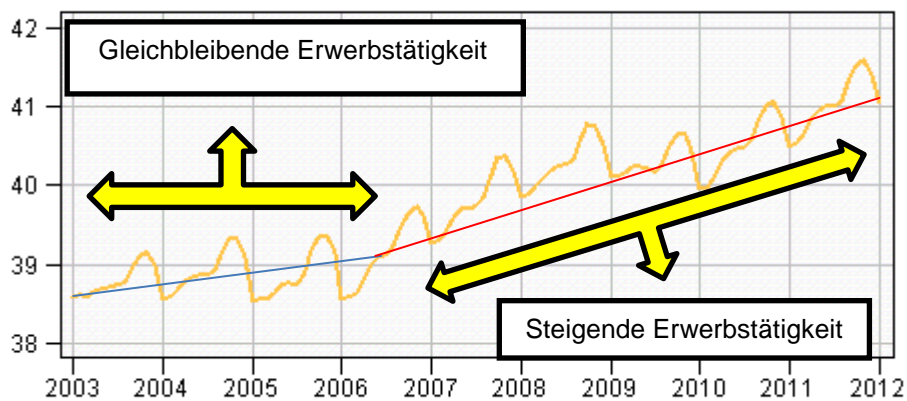
Die Eurokrise



2.2 Hoher Beschäftigungsstand

- Um die Zufriedenheit der Bevölkerung zu gewährleisten (evtl. Armut zu verhindern) ist der Staat dazu verpflichtet, die Arbeitsplatzbeschaffung zu fördern. Diese Aufgabe wird von der Bundesagentur für Arbeit übernommen (staatl. Institution).
- Maßgrößen für die Beschäftigung sind vor allem die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit.

Erwerbstätige, Originalwerten, Millionen



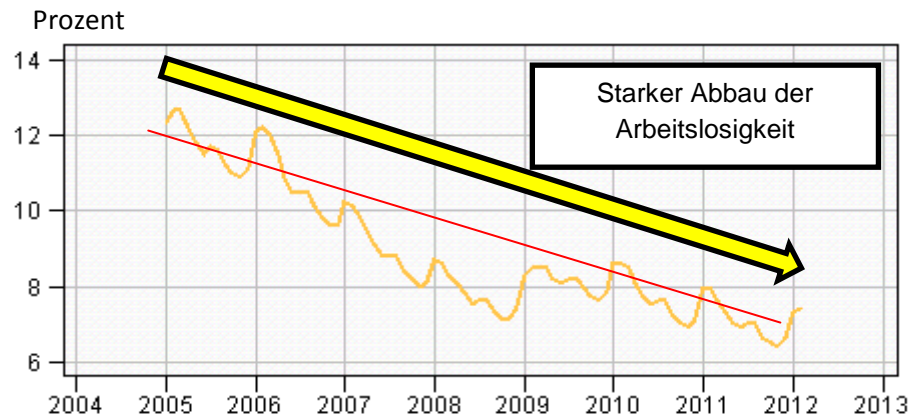
Amplituden ergeben sich aus saisonaler Arbeitslosigkeit (z. B. Bauarbeiter im Winter?)

Die Eurokrise



Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen,

Originalwerte,



- Was bringt der **hohe Beschäftigungsstand** der **Privatperson**?
 - Sicherung des Lebensunterhalts (Versorgung der Familie)
 - Arbeitsplatzsicherheit
 - Voraussetzung für Zufriedenheit und Lebensqualität
 - Vermögensbildung
- Was bringt der **hohe Beschäftigungsstand** dem **Unternehmen**?
 - Schnellere Erfüllung der Unternehmensziele
 - Bearbeitung der Auftragseingänge
 - Gewinnmaximierung durch höhere Umsätze
 - Ermöglichung von Investitionen (Regenerative Energien, Weiterbildung, Expansion)
- Was bringt der **hohe Beschäftigungsstand** dem **Staat**?
 - Höhere Steuereinnahmen
 - Weniger Sozialausgaben => **Schuldenabbau!**
 - Förderungen für Bildung
 - Geringere Zinsen- und Tilgungsdienste
- **Zusammenfassung**
 - Eine erhöhte Erwerbstätigkeit bietet Vorteile für alle Seiten
 - Erwerbstätigkeit ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum und Wohlstand

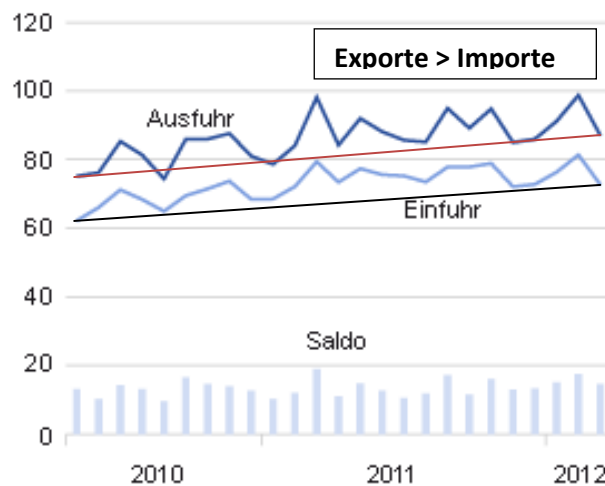


2.3 Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

- Um z. B. Rohstoffknappheit auszugleichen, müssen rohstoffarme Länder diese vom „Ausland“ einführen. Zeitgleich exportieren rohstoffreiche Länder diese in rohstoffärmere Länder. So kommt es zu außenwirtschaftlichen Beziehungen, die sich möglichst äquivalent verhalten sollen, um Abhängigkeiten zu vermeiden.
- Um das Außenwirtschaftliche Gleichgewicht einer Volkswirtschaft messen zu können, werden regelmäßig Leistungsbilanzen erstellt.
- Leistungsbilanzen stellen das Verhältnis von Ex- und Importen gegenüber. So lassen sich Abhängigkeiten einzelner Länder von verschiedenen Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Wissen, Arbeit) darstellen.

Außenhandel (Spezialhandel)

in Mrd. EUR



Kluft zwischen Exporten und Importen -> Deutschland ist eine Exportnation!

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

- Was bringt das **außenwirtschaftliche Gleichgewicht** der **Privatperson**?
 - Arbeitsplatzsicherheit
 - Günstigere Öl,- und Strompreise
 - Wohlstand
- Was bringt das **außenwirtschaftliche Gleichgewicht** dem **Unternehmen**?
 - Internationale Wettbewerbsfähigkeit
 - Weltweite Vernetzungen (Globalisierung)
 - Umsatz- und Gewinnmaximierung
- Was bringt das **außenwirtschaftliche Gleichgewicht** dem **Staat**?
 - Einnahmen durch Zoll und Steuern
 - Förderung außenpolitischer Beziehungen (z.B. EWWU)



- **Zusammenfassung**
 - Mithilfe einer Leistungsbilanz wird die Abhängigkeit vom Ausland festgestellt.
 - Diese wird regelmäßig aktualisiert und dient als Basis für wirtschaftspolitische Entscheidungen (nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik).

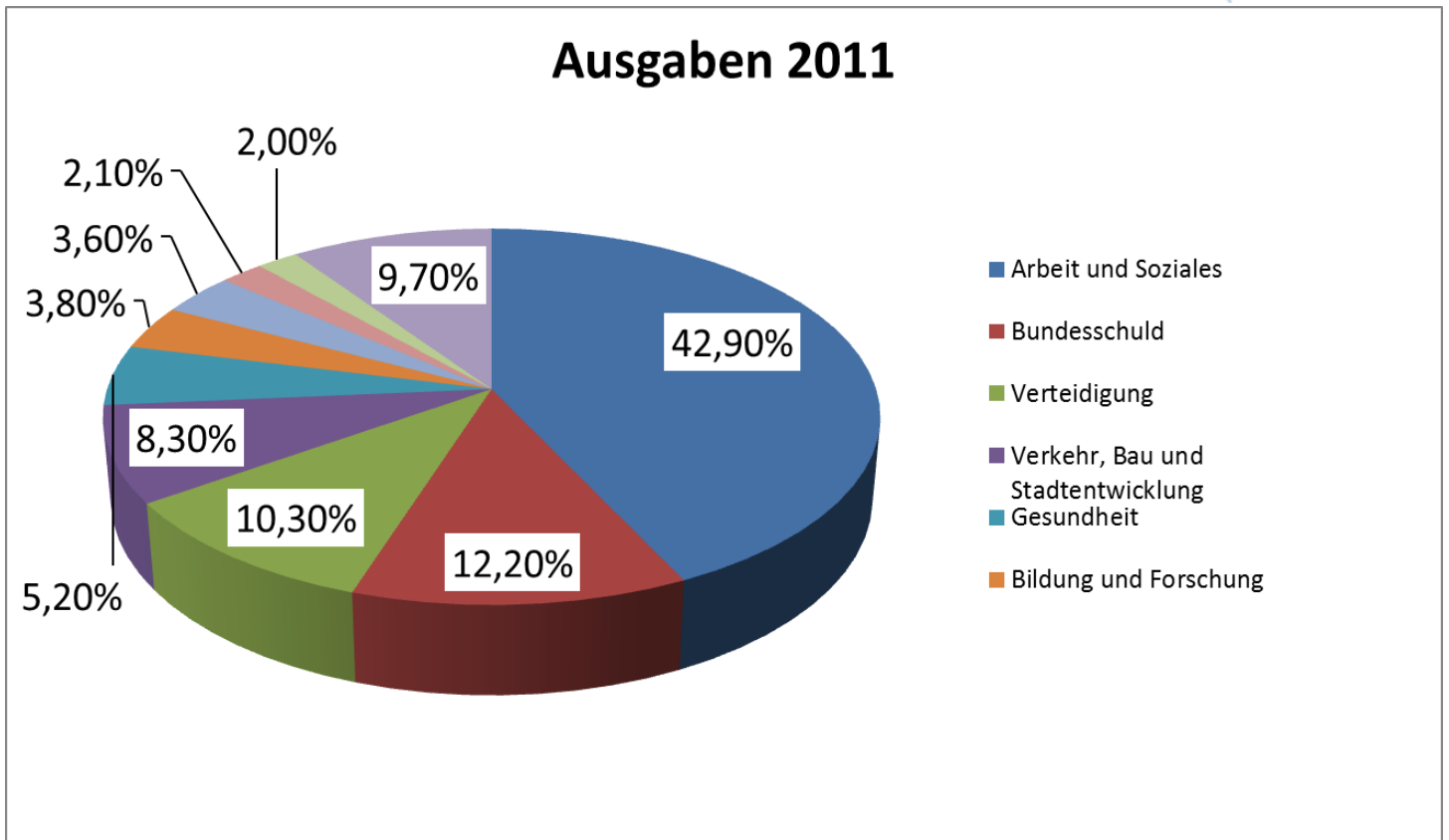
6. Woher kommt das Geld für die Staatsschulden?

4. Wie entstehen die Staatsschulden?

- Der Staat finanziert sich vor allem über Bankkredite, um seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen gegenüber Gläubigern nachzukommen.
- Außerdem refinanziert sich der Staat durch Ausgabe von Staatsanleihen; Diese sind oft Anlageziele von Versicherungsgesellschaften; So finanziert auch der Verbraucher indirekt den Staat mit.
- Durch die Ausgabe von Wertpapieren hat der Staat regelmäßig Zinszahlungsverpflichtungen; Außerdem müssen die geliehenen Gelder zu einem vereinbarten Zeitpunkt zurückgezahlt werden.
- Jedes Jahr werden Kredite in Höhe von über 300 Mrd. € fällig; Diese Summe kann der Staat nicht durch Steuergelder stemmen → Finanzierung über Bankkredite oder Ausgabe von Wertpapieren (siehe oben).

5. Der Staatshaushalt

- Grundlegende Festlegung der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben bzw. Erträge und Aufwendungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden)
- **Einnahmen:** Steuern, Gebühren, Beiträge und Nettokreditaufnahme
- **Ausgaben:** vor allem Sozialleistungen, Kapitaldienste und Verteidigung
- Die Ausgaben können nicht vollständig durch die Einnahmen gedeckt werden
→ Neukreditaufnahme.

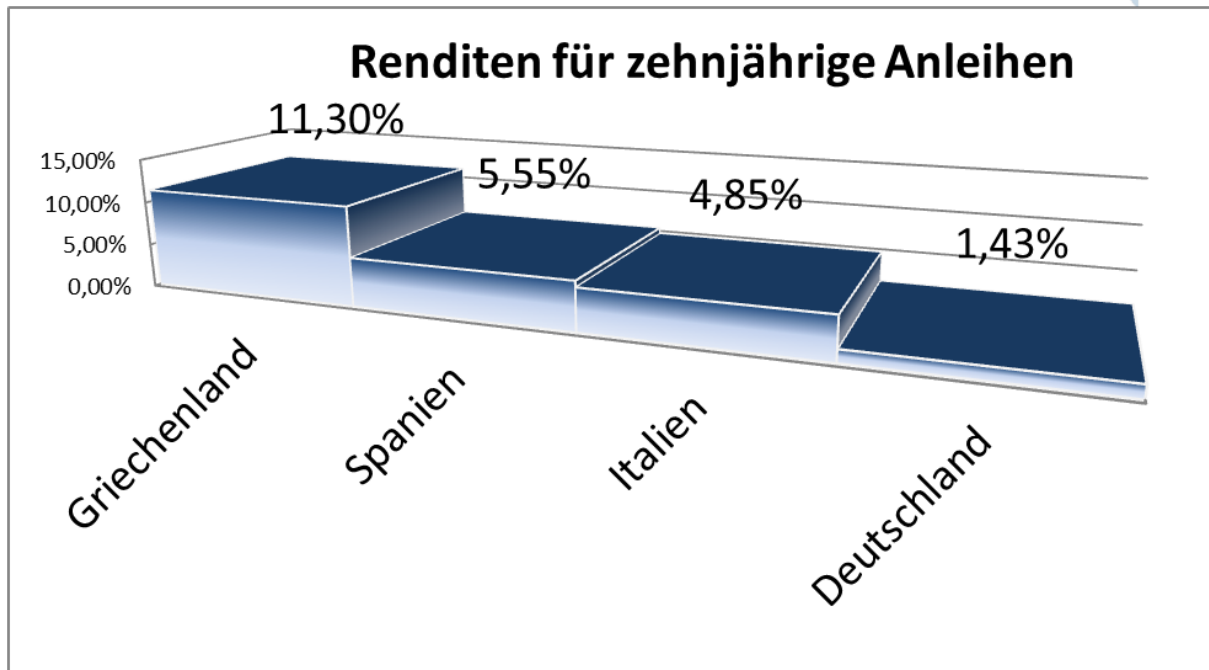


3. Folgen zunehmender Staatsverschuldung

- Gläubiger verlieren das Vertrauen in eine pünktliche und vollständige Rückzahlung
- In der Folge müsste der Staat höhere Risikozinsen bezahlen oder er erhält keine Kredite mehr → Schuldenspirale.
- Beschäftigte im öffentlichen Dienst verlieren ihre Arbeit; Sozialleistungen sind nicht mehr möglich; Staat kann seiner Zielsetzung der Einkommensumverteilung nicht mehr nachkommen; Unternehmen erhalten keine Subventionen mehr; Massenarbeitslosigkeit droht.

4. Schuldenbremse

- Wirtschaftswachstum ankurbeln (mehr Steueraufkommen → mehr Arbeitsplätze)
→ dadurch weniger Empfänger von Transferleistungen)
- Maastrichter Vertrag: Die Neuverschuldung darf 3%, die Gesamtverschuldung 60% des BIP nicht übersteigen. Bei einem Verstoß drohen Sanktionen.



7. Die Europäische Zentralbank

1. Definition

Die Europäische Zentralbank ist ein Organ der Europäischen Union. Sie ist die 1998 gegründete gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion und bildet mit den nationalen Zentralbanken (NZB) der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Ihr Sitz ist im Eurotower in Frankfurt am Main.

2. Unabhängigkeiten der EZB

- Personelle Unabhängigkeit
- Institutionelle Unabhängigkeit
- Funktionelle Unabhängigkeit
- Finanzielle Unabhängigkeit
-

3. Aufgaben

- Gewährleistung der Preisstabilität als oberstes Ziel: Harmonisierter Anstieg des Verbraucherpreisindex von nahe, aber unter zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr; wird am sog. Warenkorb (HVPI) gemessen
 - **Wirtschaftliche Analyse:** Auswertung wirtschaftlicher Indikatoren zur Ermittlung von Risiken für die Preisstabilität (Arbeitslosenzahl, Lohnsteigerungen, etc.)

Die Eurokrise



Monetäre Analyse: Bewertung der längerfristigen Inflationstrends anhand monetärer Indikatoren z. B. Messung der Geldmenge M3

- zusätzlich Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Euroländer

4. Umsetzung

Zinssatz erhöhen → Refinanzierung für KI wird teurer → Zinsen für die Kunden steigen → Nachfrage nach Krediten sinkt → Investitionen sinken/ Spartätigkeit nimmt zu → Geldmenge nimmt ab → Inflation nimmt ab/ gleichzeitige Dämpfung der Wirtschaft

Zinssatz sinkt → Refinanzierung für KI wird billiger → Zinsen für die Kunden sinken → Nachfrage nach Krediten steigt → Investitionen steigen/ Konsum der Haushalte nimmt zu → Geldmenge steigt → Inflation steigt/ gleichzeitige Unterstützung der Wirtschaft

5. Instrumente der Geldpolitik

5.1 Offenmarktgeschäfte

- **Hauptrefinanzierungsgeschäft:**
regelmäßige, liquiditätszuführende, befristete Transaktionen mit einer Laufzeit von einer Woche, die wöchentlich abgewickelt werden (Zinstender, Mengentender)
- **Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft:**
liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von in der Regel drei Monaten
- **Feinststeuerungsoperationen:**
Geschäfte zur Steuerung der Liquidität am Geldmarkt und der Zinssätze, die ad hoc durchgeführt werden, insbesondere um die Auswirkungen unerwarteter Fluktuationen der Marktliquidität auf die Zinssätze zu mildern
- **Strukturelle Operationen:**
Geschäfte, die (regelmäßig oder unregelmäßig) durchgeführt werden, wenn die EZB eine Anpassung der strukturellen Liquiditätsposition des Eurosystems gegenüber dem Finanzsektor, zum Beispiel der Liquiditätsausstattung am Markt auf längere Sicht, vorzunehmen wünscht. Diese Geschäfte können über befristete Transaktionen, endgültige Käufe bzw. Verkäufe oder die Emission von EZB-Schuldverschreibungen erfolgen.

Die Eurokrise



- **Zusammenfassung:**

Durch An- und Verkauf von Wertpapieren wird die Geldmenge in der EU-Zone verringert oder vermehrt.

EZB kauft Wertpapiere → Geld wird in Umlauf gebracht (KI hat die Möglichkeit mehr Kredite zu vergeben)

EZB verkauft Wertpapiere → Geld wird vom Markt genommen

5.2 Ständige Fazilitäten

- Spitzenrefinanzierungsfazilität (aktuell: 1,75%)
- Einlagefazilität (aktuell: 0,25%)
 - ➔ Bilden den Zinstunnel: Ober-/ Untergrenze für den Tageszinssatz

5.3 Mindestreserven

Kreditinstitute müssen Mindestreserven auf Konten bei den nationalen Zentralbanken halten. Das Mindestreservesystem dient der Stabilisierung der Geldmarktsätze und der Herbeiführung (oder Vergrößerung) einer strukturellen Liquiditätsknappheit.

6. Aktuelle Situation

Die EZB hatte im Dezember und im Februar etwa eine Billion Euro in den Bankensektor der Eurozone gepumpt. Hierfür hatte die Notenbank in zwei Geschäften den Banken Kredite über drei Jahre und zu einem besonders günstigen Zinssatz von einem Prozent zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieser sogenannten Dreijahrestender wollte die EZB laut Mario Draghi (Vorsitzender des Direktoriums) eine gefährliche Kreditklemme in der Eurozone verhindern.

7. Sondermaßnahmen:

- Bereitstellung von Liquidität über Mengentender mit Vollzuteilung
- Ausweitung der Verzeichnisse für Sicherheiten
- Längerfristige Bereitstellung von Liquidität
- Bereitstellung von Liquidität in Fremdwährung
- Direktkauf von gedeckten Schuldverschreibungen
- Programm für die Wertpapiermärkte



8. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

1. Grunddaten

- 1944 in Bretton Woods gegründet
- Sonderorganisation der UNO
- Sitz in Washington D.C.
- 2470 Mitarbeiter aus 141 Ländern
- 187 Mitgliedsstaaten

2. Aufbau (vergleichbar mit einer AG)

| 3 Gremien | | |
|---|---|---|
| Vorstand | Exekutivdirektorium | Gouverneursrat |
| Zur Zeit Christine Lagarde (FRA); Vorstand immer Europäer, Stellvertreter immer USA | 24 Direktoren, davon einer geschäftsführend; Führung der täglichen Geschäfte | Oberstes Gremium; Wird einmal im Jahr einberufen; Für grundlegende Fragen zuständig |

3. Aufgaben und Ziele

- Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik
- Vergabe von Krediten an Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten
- Stabilisierung der Finanzmärkte mit Zusammenarbeit der Länder
- Überwachung der Geldpolitik (zusammen mit der EZB)

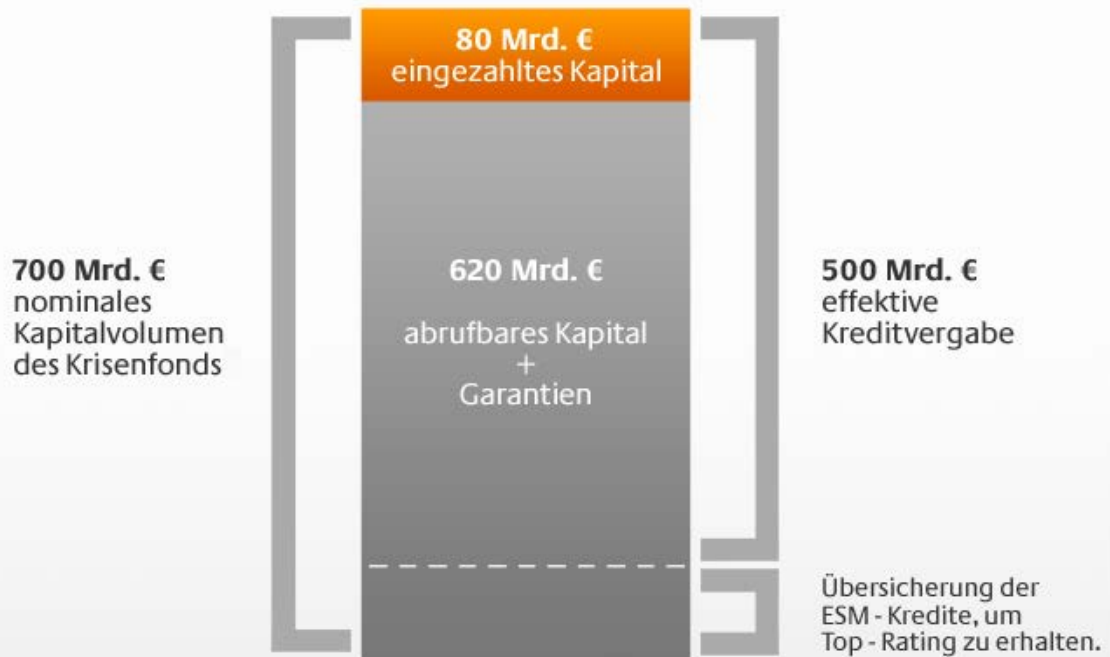
4. Kapitalbeschaffung und Verwendung

| | |
|---|---|
| Kapitalbeschaffung durch Einzahlung der Mitgliedsstaaten (richtet sich nach der vergebenen Quote; Diese wird ermittelt aus dem Volkseinkommen, Währungsreserven und dem Umfang des Außenhandels. | Vergibt Kredite, wenn ein Land in Zahlungsschwierigkeiten gerät (siehe Griechenland); Die Vergabe ist jedoch an vorher vereinbarten Sparbedingungen geknüpft. (Strukturanpassungsprogramme); Die Höhe richtet sich nach den SZR (Sonderziehungsrechten). |
|---|---|

Die Eurokrise



Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM) ab 2013



Deutschland beteiligt sich mit etwa 22 Mrd. €. Die Einzahlung erfolgt über mehrere Jahre.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen